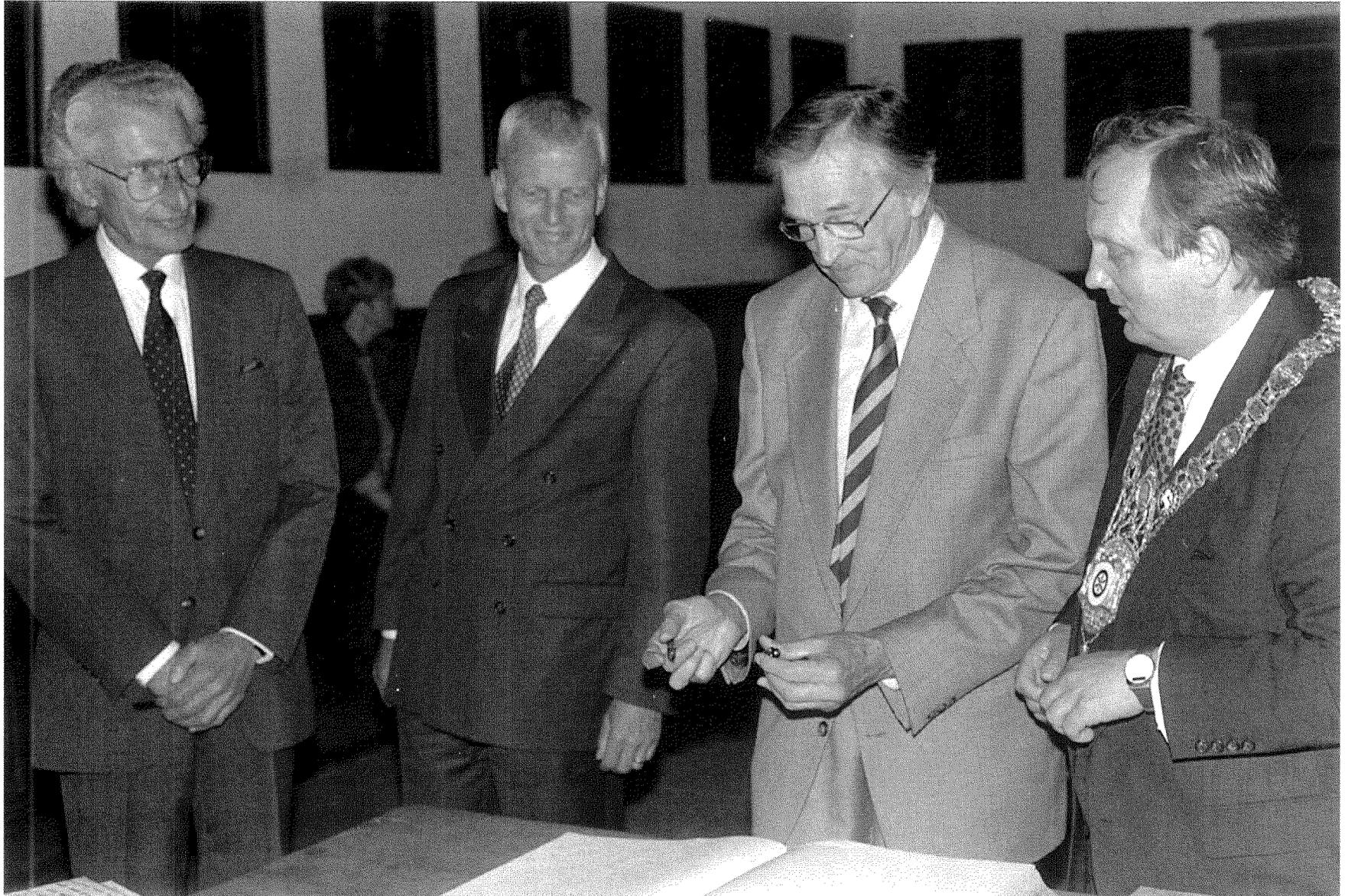


Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

III/1996

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Eintrag ins Goldene Buch der Stadt im Friedenssaal des Rathauses (v.l.): Harry Mulisch, niederländischer Schriftsteller und ebenfalls Gast der Stadt aus Anlaß der Gedenkfeiern am 8. Mai 1995, Prof. Dr. Rainer Künzel, Dr. Valentin M. Falin, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip Photo: E. Scholz

Friedensgespräch

– zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus –

8. Mai 1995

»Osteuropa 50 Jahre nach dem Krieg«

– Vortrag –

Dr. Valentin M. Falin

ehem. Botschafter der UdSSR in der BR Deutschland
ehem. Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU

I.

Am 8. Mai 1995 sind die Menschen in Deutschland, in Großbritannien, in Frankreich, in Rußland und auch in den meisten anderen Ländern Europas und nicht Europas allein eingeladen, im stillen darüber nachzudenken, was vor 50 Jahren zu Ende kam, warum die grausamen Geschehnisse jener Zeit uns bis heute so fesseln, uns keine Ruhe lassen. Wie war es möglich, daß nicht nur Nazideutschland, sondern auch andere kriegführende Länder so viele Opfer brachten, so viele Sünden begangen? Was hatte versagt in der menschlichen Ratio, in der menschlichen Einstellung, in menschlicher Moral? Von Goethe stammt der Satz: »Verstand war dem Menschen gegeben, um tierischer als jedes Tier zu sein.« Heute ist nicht der Tag großer Worte; er ist vielmehr eine Einladung an jene, die sich selbst zergrübeln, um Antworten auf die Fragen zu finden: Wer bist Du? Was bist Du? Wozu bist Du in diese Welt geboren? Und diese Fragen werden sicherlich häufig nicht so beantwortet, wie ich es mir persönlich wünschte. Warum?

Heute werden viele Reden gehalten. Ministerpräsidenten, Präsidenten und andere Repräsentanten der Nationen sprechen den Gefallenen ihren Dank aus, wiederholen denen gegenüber, die nach uns leben werden, ihre Versprechen, daß so etwas nie wieder geschehen wird. Aber wir fragen uns wiederum: Wie oft wurde dies schon versichert und doch nicht gehalten? Kriege führte man nicht nur vor 50 Jahren, sondern auch zuvor schon und auch danach. Die Erde ist nicht friedlicher und besonnener geworden. Nehmen Sie Tschetschenien, wo russische Truppen gegen tschetschenische – wie man sagt – Streitkräfte, aber eben auch gegen die Nation gewaltsam kämpfen. Nehmen Sie das ehemalige Jugoslawien, den Mittleren Osten oder andere Regionen dieser Welt. Wo hat sich die Vernunft etabliert? Regiert überall die Gewalt, die keine Probleme löst und nur neue schafft? Mehr noch: Wir beobachten Trends, die dem Postulat des Gewaltverzichts zuwiderlaufen. Gewaltverzicht war übrigens eine Leitvorstellung, die im Zentrum des Moskauer Vertrages zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland vom Jahre 1970 stand.

Eine bemerkenswerte menschliche Erkenntnis lautet: Der wird das Ende nicht verstehen, der den Anfang nicht kennt. Was begann vor 50 Jahren, was kam damals zu Ende und mit welchem Ergebnis? War es der Friede, oder trat der Zustand eines neuen Tauziehens ein, einer neuen Konfrontation zwischen den Staaten und Machthabern? Diese Fragen dürfen wir nicht ausklammern, und zwar auch dann nicht, wenn wir *nicht* an die Vergangenheit, sondern an die Zukunft denken; an das, was am Ende dieses Jahrhunderts vor sich geht und was uns im nächsten Jahrhundert erwartet. Ich bin überzeugt, es gibt nur eine einzige Arznei, eine einzige Methode, die Wunden der Vergangenheit zu heilen und den Problemen der Gegenwart Paroli zu bieten. Diese Arznei heißt: die Wahrheit. Sie kann bitter und unbequem sein; sie kann im ersten Augenblick dem einen oder anderen die Haare zu Berge stehen lassen, denn wir sind gewohnt, uns mit Stereotypen, vereinfachten Vorstellungen von der Geschichte, von der Gegenwart und von der Zukunft zu begnügen. Wenn wir uns aber die Aufgabe setzen, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, ist die Wahrheit unumgebar. Denn der Preis jedes politischen Fehlers hat sich heute ungeheuer erhöht. Und die meisten Fehler sind – anders als in der Vergangenheit – schlicht unkorrigierbar. Schon deswegen brauchen wir Antworten auf grundlegende Fragen der Vergangenheit, die so offen wie nötig und so klar wie möglich zu stellen sind. Das gilt auch für den heutigen denkwürdigen Tag, der uns eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht unbedingt leicht macht.

Europa hat sich in dem halben Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg und ganz besonders in den letzten fünf Jahren sehr verändert. Der Warschauer Pakt ist aufgelöst,

die Systeme, die – zu Unrecht zwar, aber de facto – sozialistisch genannt wurden, gibt es nicht mehr. An Stelle zweier deutscher Staaten finden wir heute ein großes vereintes Deutschland, das seine neue Identität noch sucht. An die Stelle der Supermacht Sowjetunion sind 15 neue unabhängige Staaten getreten. Das heutige Rußland ist keine Supermacht mehr und läuft der Gefahr entgegen, auch seine Großmachtposition zu verlieren. Grundsätzlich neue Aufgaben und Herausforderungen, die auch unkonventioneller Antworten und Reaktionen bedürfen!

Wieso kam es zu dieser Wende? War sie vorprogrammiert? Wieso sind die ganze Landschaft und die Fundamente der europäischen Existenz so anders geworden? Sind dies Folgen des Zweiten Weltkriegs, Konsequenzen der Strategien? Bezogen auf Rußland: falscher Strategien, gravierender Fehler sowjetischer Machthaber? Oder? Auf diese Fragen gibt es keine erschöpfenden Antworten, weil es wahrscheinlich zu früh ist, einen Schlußstrich unter die Geschehnisse der Vergangenheit zu ziehen. Dazu bedarf es weiterer Forschung und weiterer Klärung.

Ich verstehe, daß Sie den 8. Mai mit anderen Gefühlen begehen, als viele andere Nationen dies tun. Aus meinen früheren diplomatischen Erfahrungen kann ich Ihnen eine Kompromißformel anbieten: Der 8. Mai 1945 war doch eine Befreiung – eine Freimachung des Weges für die Deutschen, für ihre Nation, für ihren Staat, um ihre Ehre wiederherzustellen, ihren Platz in der Familie der Völker zu finden, den guten Namen der Deutschen für jeden in dieser Welt wieder verständlich zu machen. Nach der Kapitulation des Nazireiches wurde dieser Weg frei. Und Sie haben im wesentlichen diese Chance genutzt. Wollen und werden Sie diese Chance weiterhin nutzen?

Von meinen Landsleuten in Rußland wurde der 9. Mai 1945 (bei uns gilt dieses Datum als das des Kriegsendes) von Anfang an mit gemischten Gefühlen gefeiert, was wohl auch nicht anders sein konnte. Es gab in der Sowjetunion keine Familie, die nicht unmittelbar die volle Härte des Krieges erlitten, die keine Verluste aufzuweisen hatte. Stellen Sie sich vor: 27.600.000 Tote, über 25 Millionen Verwundete. Gar nicht zu sprechen von den mehreren Dutzend Millionen Vertriebenen, die im Kriege ihr ganzes Hab und Gut verloren hatten. Sie, in Deutschland, haben das Grauen des Krieges am eigenen Leibe erfahren. Hier in Osnabrück war auch diese Kirche, in der wir jetzt beisammen sind, verbrannt, wie viele andere Gebäude und Häuser. Aber das ist nicht zu vergleichen mit dem, was in der Sowjetunion vernichtet wurde. In Stalingrad blieb kein einziges Haus vom Krieg verschont. Am Tage der Beendigung der Kämpfe um Stalingrad waren 1.448 Frauen und Männer am Leben geblieben, 43.000 Stalingrader waren umgekommen, 75.000 nach Deutschland verschleppt worden. In Minsk, einer Stadt mit über einer halben Million Menschen vor dem Krieg, blieb lediglich ein einziges Gebäude mehr oder weniger verschont. In Deutschland gingen infolge von Bombardierungen und Landkriegshandlungen 19 Prozent der Industriekapazität verloren. In der Ukraine z. B. wurden 81 Prozent aller Industrieanlagen zerstört, in Weißrußland über 90 Prozent, ebenso in Smolensk und zahlreichen anderen Gebieten. In Weißrußland starb jeder vierte, in Leningrad jeder dritte Einwohner.

Die damit verbundenen Gefühle unserer Menschen konnte niemand in der Rechnung unterschlagen. Schon deswegen war der 9. Mai für meine Nation nicht nur der Tag des Sieges, sondern auch ein Tag der Erlösung; ein Tag, an dem man dachte, dieser verdammte Krieg ist vorbei und mit ihm sei künftigen Kriegen der Boden entzogen – allen Kriegen. Hinzu kam die Hoffnung, daß es nun zu Hause besser, anders als vor dem Kriege sein wird. Stalins Massaker hatten dem Volke ungeheure Wunden zugefügt, ohne daß man bis heute plausible Erklärungen für diese Untaten gefunden hätte. Von Stalins Hand wurden drei- bis fünfmal mehr Generäle, Admirale und Oberste in der Sowjetunion vernichtet als im Zweiten Weltkrieg umkamen. Es gab niemanden, der der Vertei-

digungskapazität der Sowjetunion von Beginn der Nazi-Invasion an größeren Schaden zufügte als Stalin. Er ließ doppelt so viele Kommunisten töten wie Hitler; niemand sonst verursachte jemals derartig hohe Verluste der sogenannten Regierungspartei. Deswegen sage ich: Stalin war der größte Antikommunist der Welt – zumindest in diesem Jahrhundert.

Ja, es ist nicht belanglos, wie man den 8./9. Mai entgegennimmt. Es ist von primärer Bedeutung, welche Schlußfolgerungen man aus der Entwicklung zieht und wie weit die Menschen bereit sind, die Geschichte des Krieges und seine Vorgeschichte beim eigenen Namen zu nennen. Heute ist wahrscheinlich nicht das beste Datum, zu tief zu bohren. Ich könnte mich unter der Formel Ihres Landsmannes Goethe verbergen, der sagte: »Wenn die Menschen wüßten, wie selten sie richtig verstanden werden, würden sie schweigen«. Ich möchte nicht schweigen – auch auf die Gefahr hin, nicht korrekt verstanden zu werden. Ich möchte meiner Sorge Ausdruck verleihen, weil heute vieles seine Fortsetzung in verschiedener Form findet, was schon unzähligen Unfug, unzählige Opfer der Zivilisation heraufbeschworen hat.

Einige der vielen Fragen lauten: Wann begann der Zweite Weltkrieg? Am 1. September 1939? Warum werden die 25 bis 30 Millionen Toten des chinesischen Volkes nicht zu den Opfern des Zweiten Weltkrieges gezählt? Warum wird bis heute behauptet, im Zweiten Weltkrieg wären chemische Waffen nicht eingesetzt worden? Allein in China wurde diese Waffe über 530 Mal von den japanischen Aggressoren angewandt. 1935/36 bedienten sich die Italiener mit Luftwaffe und Artillerie chemischer Kampfmittel gegen unbewaffnete, barfußige Menschen in Äthiopien. Wir denken sehr eurozentristisch und verstehen deshalb nicht, daß die politische Entwicklung in Europa seit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten eine Folge der politischen Entwicklung in und vor der Zeit des Krieges war. So wurde z. B. der japanische Angriff auf China im Sommer 1931 vom Völkerbund als Aggression verurteilt, was man nicht aus der Geschichte wegretuschieren kann.

Es gibt eine ganze Menge unbequemer Fragen, von denen ich noch eine letzte benennen will: Warum dauerte der Zweite Weltkrieg so lange? Wäre es nicht möglich gewesen, diesen Krieg früher zu beenden? Und wenn ja, warum hat man es nicht getan? Wenn wir einschlägige amerikanische Dokumente zur Kenntnis nehmen (und nicht nur sowjetische Materialien, um nicht des »Antiamerikanismus« verdächtigt zu werden), dann sollen wir feststellen, daß der Krieg in Europa schon Ende 1942, spätestens aber 1943 hätte zum Schluß gebracht werden können. Die Voraussetzungen blieben ungenutzt. Wieso?

Hitler begann das »Unternehmen Barbarossa« mit sehr abenteuerlichen Vorstellungen über die stärkeren und schwächeren Seiten der Sowjetunion. Die meisten Politiker und militärischen Experten des Westens gaben sich damals gerne ihren Irrvorstellungen hin. Der US-Botschafter in Moskau Steinhard berichtete seinerzeit nach Washington, daß die Nazitruppen innerhalb einer Woche bis Moskau vordringen würden, und ebenfalls amerikanische Militärexperten informierten ihren Präsidenten, die Sowjetunion wäre imstande, höchstens bis zu drei Monaten Widerstand zu leisten. Diese Auffassung teilten die britischen Militärexperten und praktisch alle Mitglieder des Kriegskabinetts in London. Ich kenne nur drei mir namentlich bekannte Personen bzw. Personengruppen, die zu jener Zeit anders dachten, nämlich der exilierte Präsident der tschechoslowakischen Republik Eduard Beneš, die ökonomischen Experten im Washingtoner Geheimdienst von William J. Donovan und der Leiter der Militärischen Aufklärung in der Schweiz. Sie vertraten die Meinung, daß die Sowjetunion den Angriff Nazideutschlands im Jahre 1941 überstehen wird.

Alles hatte seine Konsequenzen. Deutschland begann den Krieg gegen die Sowjetunion mit einem Treibstoffvorrat für Panzer und Kraftfahrzeuge, der für einen Vorstoß von ca. 500 bis 600 Kilometern ausreichte. Verpflegung für die Truppe war praktisch nur

für ein bis zwei Monate vorhanden, Winterausrüstung für Soldaten und Gerät, überhaupt alle Vorkehrungen für einen Krieg unter den Bedingungen des osteuropäischen Winters fehlten völlig. Als dann der Rhythmus des Blitzkrieges gestört wurde, mußte Hitler bereits im August 1941 feststellen: »Wir haben die Tür geöffnet, ohne zu wissen, was sich hinter dieser Tür befindet«. Im November 1941 berichtete Fritz Todt seinem Oberbefehlshaber Hitler: »Im militärischen Sinn kann der Krieg als verloren betrachtet werden. Wir sollten einen politischen Ausweg suchen!« Nach dem Kampf um Moskau, der Schlüßel-Schlacht des ganzen Krieges, erfuhr Nazideutschland verhängnisvolle Niederlagen. Die Doktrin des Blitzkrieges, mit der die Nazis ihre Pläne verbunden hatten, lag brach, und so mußte das Dritte Reich einen »klassischen« Positionskrieg beginnen, in dem dieses Reich überhaupt keine Chancen hatte. Der militärische Erfolg vor Moskau kostete die Sowjetunion die Hälfte – wenn man alles zählt – der gesamten Verluste im Felde: etwa 5.000.000 Soldaten und Offiziere waren tot.

Wenn wir nun der Frage nachgehen, was nach einer Blitzkrieg-Niederlage Nazi-deutschlands einen Blitzerfolg der Anti-Hitler-Koalition verhinderte, müssen wir einige Dinge beim Namen nennen, die bis heute schwer auszusprechen sind. Aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen der führenden Alliierten ergaben sich verschiedene Strategien der Kriegführung. Ich will nicht behaupten, und das betone ich ausdrücklich, daß Churchill oder Roosevelt (im Unterschied zu Truman) von Ex-Präsident Hoover oder anderen amerikanischen Politikern direkt dahingehend getrieben worden wären, die Sowjetunion im Kampfe gegen Deutschland derart ausbluten zu lassen, damit dieser Staat später keine Rolle mehr in den internationalen Beziehungen der Welt spielen könnte. Aber der Gedanke, daß die Sowjetunion aus dem Kriege nicht gestärkt hervorgehen darf (wie es nach Stalingrad bereits zu spüren war), veranlaßte westliche Politiker eine Richtung einzuschlagen, die objektiv den Preis für einen Sieg der UdSSR möglichst in die Höhe trieb.

Es liegen hinreichend Dokumente, Indizien, Beweise dafür vor, daß die Anti-Hitler-Koalition eine Interessengemeinschaft ohne einheitliche Strategie war. Das betrifft nicht nur das Verhältnis zwischen der Sowjetunion einerseits und den Vereinigten Staaten und Großbritannien andererseits, sondern auch das zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA. So bemühte sich Großbritannien darum, daß man im Kriege die britischen imperialen Interessen so stark wie möglich untermauerte, und die Amerikaner sorgten sich vor allem um die Zeit nach dem Kriege und um die künftige Rolle der USA im Nachkriegsfrieden sowie innerhalb und außerhalb des Konzerts der Nationen.

Aus dieser Verschiedenheit der Interessen und Prioritäten entstanden auch verschiedene Projektionen des Denkens und Handelns und auch des Nicht-Handelns (weil im Kriege das Auslassen von Taten eine ganz große Rolle spielt). Daraus wiederum resultierten Schwierigkeiten, die nach dem Kriege insbesondere 1946/47 und danach ausschlaggebend waren für den weiteren Verlauf der Ereignisse in der Welt. Man hätte – und ich behaupte das mit voller Verantwortung und berufe mich dabei auf Churchills eigene Einschätzungen – den Krieg schon 1943 zu Ende führen können. Wenn das nicht geschah, so sind dafür nicht so sehr Militärs der Alliierten verantwortlich, wie in erster Linie die Politiker. Irgendwann einmal werden wir darüber mehr erfahren, wenn die Briten im Jahre 2017 (wie sie versprechen) ihre Archive freilegen und wenn die russische und die amerikanische Regierung hoffentlich dasselbe tun. Als Historiker stelle ich fest: Solange das letzte Schlüsseldokument unveröffentlicht bleibt, ist in der Geschichte kein Schlußpunkt am Platze.

Am 8./9. Mai 1945 war es mit dem Nazi-Spuk vorbei. Das war Anlaß genug, darüber nachzudenken, wie es weitergehen, was an Stelle des NS-Staates kommen sollte. Welche

Perspektive sah man in Moskau, in Washington und in anderen Hauptstädten? Es waren zahlreiche Chancen vorhanden, Deutschland als einen demokratischen Staat zu etablieren. Die Vorschläge, die im wesentlichen aus Moskau stammten (das ist eine Tatsache, keine Rechtfertigung der Fehler, die Moskau vor, während und nach dem Kriege beging), zielten auf eine Gesellschaftsordnung in Deutschland, wie sie zur Zeit der Weimarer Republik existiert hatte. Die Vorstellung, sofort nach Beendigung des Krieges die demokratische Erneuerung herbeizuführen, gesamtdeutsche politische Parteien, Gewerkschaften und andere Institutionen zu bilden (was eine Spaltung des Landes unmöglich gemacht, zumindest aber erschwert hätte), kam in der Realität nicht zustande, weil – wie wir heute wissen – dies für unsere damaligen Verbündeten, vor allem für Frankreich und seit Anfang 1946 auch für die Vereinigten Staaten von Amerika aus verschiedenen Gründen nicht akzeptabel erschien.

Ich möchte in diesem Kontext nur ein Beispiel anführen: Österreich war ebenfalls in vier Besatzungszonen aufgeteilt und wenigstens dreimal mit der Bedrohung konfrontiert, gespalten zu werden. Die österreichischen Politiker sagten zu entsprechenden, vom Westen artikulierten Forderungen immer »nein«. Zum letzten Mal forderten die USA im Jahre 1954, Österreich zu zerlegen. Julius Raab und andere maßgebliche Politiker widersetzten sich. Es gab dort keine echten oder auch nur so genannten sozialistischen Experimente; die bürgerliche Demokratie blieb so, wie wir sie bis heute kennen. Warum war das hier in Deutschland nicht möglich? Fritz Schäfer, CSU-Politiker und Bundesfinanzminister, versuchte 1956, dem österreichischen Beispiel in Deutschland zu folgen, was am Widerstand Bundeskanzler Adenauers scheiterte. Es gab also Chancen – und zwar nicht nur 1956, sondern auch schon 1945, 1950 und 1952 nach der berühmten Märznote der Sowjetunion –, für eine weniger destruktive Entwicklung in Deutschland und Europa zu sorgen, als es dann tatsächlich der Fall gewesen ist. Das hätte uns viele Kräfte, viele Opfer und viel Leid erspart.

Für dieses eklatante Versäumnis tragen die Politiker die volle Verantwortung. Ergebnis war globaler Kalter Krieg, eigentlich – aus meiner Sicht – der Dritte Weltkrieg, geführt lediglich mit anderen Mitteln (wie Präsident Truman es formulierte)!

Das Nichtzustandekommen des Friedensvertrages beraubte die Deutschen damals sofort nach dem Krieg eines kreativeren Rahmens, um gemeinsam mit den anderen Staaten eine friedlichere und demokratische Entwicklung in Europa zu fördern. Wenn es gelungen wäre, einen Friedensvertrag zur rechten Zeit zu schließen, wäre der Zivilisation vielleicht manches erspart geblieben. Wenn Sie die damalige Politik meines Landes konsequent verfolgen, so wird Ihnen klar werden, daß die Bedeutung eines oder auch zweier Friedensverträge, die einen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg ziehen sollten, dabei bis in die Mitte der 60er Jahre einen besonderen Stellenwert genoß. Die äußerst gefährliche Konfrontation, in der sich die Sowjetunion und die USA befanden, führte einige Male dazu – so müssen wir feststellen –, daß sich diese Staaten, und mit ihnen die ganze Welt, nur einige Sekunden, einige Meter entfernt vom Abgrund einer Katastrophe bewegten. Minuten konnten im Oktober 1961 bei der Kuba- und Berlinkrise darüber entscheiden, ob es zu einem nuklearen Inferno kommt oder nicht. Um dem vorzubeugen, beauftragte man den damaligen Sekretär des Zentralkomitees L. Iljitschow, den Text der Note, die unsere Regierung an Präsident Kennedy richtete, per Rundfunk nach den Vereinigten Staaten zu senden, weil die Gefahr bestand, daß die von Kennedy festgesetzte Zeit des Ablaufs des Ultimatums überschritten wird. In den USA wurden ähnlich gefährliche Situationen evoziert: So hatte ein Techniker ein falsches Programm in den Computer eingegeben, wodurch statt eines Übungsalarms ein scharfer ausgelöst wurde. Es standen lediglich nur noch etwa 6 bis 7 Minuten zur Verfügung, als dieser Alarm aufgehoben



Dr. Valentin M. Falin während seines Vortrags in der Marienkirche vor über 500 Besuchern

Photo: E. Scholz

wurde. Was wäre geschehen, wenn...? Nach der Stationierung der Pershing-II-Raketen hier in der Bundesrepublik lebten wir drei Jahre lang nur 6 Minuten vom Atomkrieg entfernt, weil unsere entsprechenden Waffen nicht von Politikern, sondern von Geräten geführt wurden. Wäre eine in Richtung Osten fliegende Rakete registriert worden, hätte man sofort Raketen in Richtung Westen gestartet, weil die Zeit zur politischen Abwägung oder auch nur zur politischen Entscheidung definitiv nicht vorhanden war.

Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hatten die gegnerischen Machtblöcke ein Waffenarsenal aufgehäuft, mit dem man über 600.000 Hiroshimas und 2.400 Kriege vom Ausmaß des Zweiten Weltkrieges hätte ins Werk setzen können. In diesem Kalten Krieg wurden mehr Ressourcen für militärische Zwecke verbraucht als in der gesamten vorherigen Menschheitsgeschichte zusammengenommen. Wozu? Was haben wir, die Sowjetunion inbegriffen, damit erreicht?

II.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihre Vorstellung vom Gang der Geschehnisse in der Sowjetunion zu korrigieren. Die Sowjetunion hat sich durch das Wettrüsten selbst ruiniert; eine falsche Strategie fügte ihr neben den ungeheuren Verlusten des Zweiten Weltkrieges materielle Verluste noch größeren Ausmaßes zu. Wie kann eine Nation ihre normale Existenzfähigkeit erhalten, wenn 22 bis 23 Prozent des jährlichen Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke verbraucht werden? Bezogen auf Deutschland bedeutete dies, daß hier etwa viermal mehr für militärische Zwecke ausgegeben würde, als es in den 60er und 70er Jahren der Fall war. Für die Sowjetunion hieß das konkret: 90 Prozent des Grundkapitals waren in der Gruppe A (Energieproduktion, Bergbau, Metall und Rüstung) konzentriert, weniger als 4 Prozent entfielen auf die Konsumgüterindustrie. 80 Prozent dieser Konsumgüterproduktion arbeiteten nur dank der Käufe im Ausland. 84 Prozent unserer Gelehrten waren direkt oder indirekt mit militärischen Aufgaben beschäftigt, 16 Prozent für alles übrige. Auf diese Weise hat sich das Land selbst zum Zusammenbruch verurteilt. Und weil die Perestroika so amateurhaft, so unverantwortlich vor sich ging, wurde der Prozeß noch beschleunigt.

Vielfach scheint man davon auszugehen, daß der Zerfall der Sowjetunion mit dem Ausscheiden der baltischen Republiken, Georgiens und der Ukraine begann. Die erste Republik, die die Sowjetunion verließ, hieß Rußland, und zwar am 12. Juli 1991. Im November/Dezember 1991 folgte die Ukraine. Rußland subventionierte die Entwicklung der baltischen, kaukasischen und zentralasiatischen Republiken jährlich mit durchschnittlich 13 Milliarden Rubel. Jelzin kommentierte dies mit den Worten: »Wir sind keine Milchkuh, und wir möchten für uns selbst leben«, was in den Kerngebieten Rußlands begeistert aufgenommen wurde. 1993, zwei Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion, zahlte Rußland an die Ukraine, Weißrußland und andere Staaten 17 Milliarden Dollar Subventionen, damit diese nicht völlig zusammenbrechen, und 1994 wurde diese Summe noch überschritten. Das erklärte Ziel wurde nicht erreicht; im Gegenteil hat man wiederum eine Fülle von neuen Problemen geschaffen, für die keine Lösung in Aussicht steht. Die Menschen werden mit Versprechungen getröstet. So hieß es zu Beginn dieses Jahres, die Inflationsrate werde 2 Prozent monatlich nicht übertreffen. Durchschnittlich erreichte sie aber 17 Prozent im Januar, im Februar und im März schon über 20 Prozent. Man prophezeit, in diesem Jahr schrumpfe die Industrieproduktion in Rußland um weitere 13 bis 15 Prozent. Dann erzielte Rußland zu Jahresende – inklusive der relativ erfolgreichen Energie- und Rohstoffgewinnung – etwa 35 Prozent vom Stand der Industriepro-

duktion des Jahres 1990. Schlimmer kann es nicht werden: Der Lebensstandard ist um zwei Drittel gesunken, die Preise haben Weltniveau erreicht oder liegen gar darüber, die Löhne hingegen bewegen sich bei einem Fünftel bis einem Zehntel dieses Niveaus.

Sie sprechen mit Sorge und gutem Grund über Ihre Probleme, über die Parteiverdrossenheit, wenn in Sachsen weniger als 50 Prozent der Wähler an die Urne gehen. In Rußland, so zeigen die Umfragen, verbinden weniger als 11 Prozent der Menschen ihre Hoffnungen auf eine Besserung mit der Programmatik irgendeiner Partei. Es geht bei uns nicht darum, die Mehrheit der Wähler für die eine oder andere Partei, den einen oder anderen Politiker zu gewinnen, sondern die Wähler überhaupt zur Stimmabgabe zu bewegen. Die Wahlbeteiligung, die erzielt werden muß, um Wahlen als gültig anzuerkennen, ist zwischenzeitlich von 50 auf 25 Prozent reduziert worden, was immer noch in mehreren Fällen unerreichbar erscheint. Wie also weiter? Das kranke Kind Rußland macht Europa nicht gesund, es schafft vielmehr große Probleme für die nahen und entlegenen Nachbarn. Für Deutschland und auch für Amerika ist es offensichtlich kein Geschenk.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige kritische Worte zum Verhalten des Westens gegenüber den Umwälzungen in Rußland formulieren. Was hat man bis heute falsch gemacht? Ich kann Ihnen ganz deutlich sagen: Sie haben nicht Konzepte, sondern Personen unterstützt! Zunächst Gorbatschow, »ein guter Mann mit guten Worten und samtweichen Augen«. Was er aber in Wirklichkeit oder im Endergebnis zum Ausdruck brachte, interessierte Sie – wenn überhaupt – erst in zweiter Linie. Dieselbe Haltung zeigten Sie gegenüber dem Präsidenten Jelzin, der als Symbol unterstützt wurde. Es sorgte Sie wenig, was hinter seinen Aktionen oder Nicht-Handlungen steht, und man glaubte zu gewisser Zeit sogar, je tiefer die Russen in sich selbst versinken, desto besser sei es für andere. So geht es aber nicht! Es gibt – auch bezogen auf Ihr Land – eine gewisse Grenze, nach der innere Probleme zur Belastung für die internationalen Beziehungen und Geschehnisse werden. Ich stehe mit diesen Schlußfolgerungen weder allein, noch sind sie Ausdruck einer einseitigen politischen Sicht. Vor zwei Jahren sprach ich in Berlin mit Henry Kissinger. Er sagte damals wörtlich: »Wir im Westen begehen einen Fehler, indem wir nicht Programme, sondern Personen unterstützen.« In Rußland regieren bis heute nicht die Gesetze, sondern die Machthaber. Und solange nicht Recht und Gesetz die Maßstäbe politischen Handelns in meinem Land bleiben, kann von einer Entwicklung Rußlands zur Demokratie keine Rede sein. Der Westen hat die neue russische Verfassung als »erste demokratische Konstitution« diese Landes begrüßt. Die erlaubt es aber Boris Jelzin, ohne Regierung, ohne Parlament und ohne Gerichte zu herrschen: die legislative, die exekutive und die judikative Macht liegen in seinen Händen. Man stelle sich bitte vor, Wladimir Schirinowski würde zum Staatspräsidenten gewählt! Was werden Sie dann angesichts solch unkontrollierter Machtfülle sagen?

Was übrigens Schirinowski angeht, so kennen Sie hier in Deutschland aus eigener Erfahrung, was Protestwahlen und Proteststimmen bedeuten. Für Schirinowski stimmten 1993 nicht so sehr die Wähler als vielmehr die ungelösten Probleme. Und dabei vor allem solche, die die Regierung aus verschiedenen Gründen meidet oder leugnet und – als Folge – nichts unternimmt, um Millionen Menschen das Los zu erleichtern. Was half es Honecker, wenn er behauptete, der Lebensstandard in der DDR sei höher als in der Bundesrepublik? Was hilft es den Machthabern in Moskau, wenn sie beteuern, das Schlimmste liege schon hinter uns und morgen gehe es bergauf, die harte Realität aber das Gegenteil beweist? Schirinowski ist ein geborener Demagoge, der angesichts der Spaltung der Sowjetunion, die – was die Konsequenzen angeht – gewiß die Teilung Deutschlands übertrifft, auf fruchtbaren Boden stößt. Heute leben 26 Millionen Russen nicht in Rußland; am Ende der Existenz der Sowjetunion lebten 78 Millionen Menschen nicht in Republi-

ken ihres ethnischen Namens. Die meisten dieser 78 Millionen sind am Tage der Auflösung der Sowjetunion zu »Minderheiten« geworden, selbst wenn sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden, wie z. B. in der Republik Kasachstan. Diese Menschen haben ihre elementaren Rechte eingebüßt, darunter – wie in den baltischen Republiken – das Recht, offiziell ihre Muttersprache zu gebrauchen. Die gegenwärtige Regierung verhält sich so, als sei so eine Situation nicht existent. Und wenn die demokratische Kraft im Lande sich derart ignorant zeigt, dann ist das eine schöne Stunde für Populisten jedweder Art. Was mich auf besondere Weise beunruhigt, sind die vielen Wählerstimmen, die Schirinowski vor allem aus den Reihen der russischen, darunter der strategischen nuklearen Streitkräfte erhalten hat. Schirinowski hat inzwischen seinen Erfolg vom Dezember 1993 – damals hatte er 26 Prozent der Stimmen bekommen – heruntergespielt. Jetzt liegt er lt. Umfragen auf dem 25. Platz. Das tröstet zwar, beruhigt mich aber nicht.

Die autokratische Form des Regierens führt dazu, daß die Politiker und politischen Gruppierungen, die Alternativen für die künftige Entwicklung vertreten, ausgegrenzt werden. Deren Rolle wird aufgrund effizienter Maßnahmen so klein wie nur möglich gehalten. Unser drängendstes Anliegen ist der Mangel an respektierten Politikern, die Boris Jelzin im nächsten Jahr sachliche Konkurrenz bereiten könnten. Ich hoffe sehr, die weitere Entwicklung bringt solche Leute hervor, denn zur demokratischen Entwicklung in Rußland brauchen wir eine demokratische Alternative auf der politischen Ebene. Sonst wird der Ruf nach einer starken Hand im Lande viel lauter. Die ökonomische Situation und die tagtäglich von den Menschen erfahrenen Unsicherheiten sind ganz entscheidende Themen in unserem Lande geworden. Seit Menschengedenken waren Kriminalität und Korruption nicht so verbreitet wie im Moment. Der Politiker, der Kriminalität und Korruption mit brutaler Hand zu bekämpfen verspricht, kann unter Umständen eine ganz große Zahl der Stimmen auf sich vereinigen – mit allen entsprechenden langfristigen Belastungen für die Zukunft.

Im Dezember dieses Jahres soll das russische Parlament neu gewählt werden. Gehen 25 Prozent der Wähler an diesem Tag zur Abstimmung (inzwischen ist die Hürde wieder auf 50 Prozent angehoben worden), so lautet meine Prognose, wird eine relative Beruhigung eintreten. Dann kann es sein, daß die Interessen der Nation höher gewertet werden als die einzelner Persönlichkeiten oder einzelner Gruppierungen. Auf diese Weise könnte eine Atmosphäre geschaffen werden, die für eine Konsolidierung der Kräfte im Land nötig ist. Im Sommer des nächsten Jahres sollen Präsidentenwahlen stattfinden. Wie in jeder nicht gerade gut funktionierenden Demokratie, tun die Amtierenden alles Erdenkliche, um mögliche Rivalen auszuschalten, indem u. a. so viel wie möglich echte oder scheinbare Kontrahenten ins Spiel gebracht werden. Das zersplittert die Kräfte und erhöht die Aussichten, daß Boris Jelzin trotz allem mit gewissen Chancen in den Wahlkampf ziehen kann – entgegen seinen eigenen früheren Versprechungen. Den letzten Umfragen zufolge genießt er bei etwa 20 Prozent der Bevölkerung Unterstützung. Die Zahl seiner erklärten Gegner unter den Wählern ist von 46 Prozent im Dezember 1993 auf gegenwärtig 78 Prozent gestiegen. Und dennoch behaupte ich: Unabhängig vom Ergebnis der anstehenden Präsidentschaftswahlen können wir ab Herbst des nächsten Jahres mit einer Beruhigung und langfristigen wirtschaftlichen Erholung rechnen, auch wenn unsere gelehrten Ökonomen – die davon ausgehen, daß Rußland 12 Jahre benötigt, um wieder auf den Stand von 1991 zu kommen – da skeptisch sind.

Diese schlichten Daten verdeutlichen, warum – wenn wir über die jetzige Situation, über Europa 50 Jahre nach dem Kriege sprechen – wir uns im wesentlichen mit Problemen auseinandersetzen müssen, die wir durchaus schon früher gesehen haben, ohne jedoch adäquate Schlüsse daraus zu ziehen, geschweige denn die notwendigen Maßnah-

men zu treffen. In manchen Republiken der ehemaligen Sowjetunion gestaltet sich die Lage nicht besser. So stieg die Inflationsrate in der Ukraine 1993 um das Dreihundertfache, 1994 um das Zehnfache (im Vergleich dazu lagen die Raten in Rußland (1993) beim Zehnfachen bzw. (1994) Dreifachen). In Georgien, der früheren Sowjetrepublik mit dem ehemals höchsten Lebensstandard, fristen über 90 Prozent der Bevölkerung ihr Dasein unterhalb des Existenzminimums – und dieser Begriff ist dort anders definiert als hier bei Ihnen in Deutschland! Ich hoffe aber, daß meinem Land das Schicksal Ex-Jugoslawiens erspart bleibt, daß es nicht zu solchen Auseinandersetzungen zwischen der Ukraine und Rußland, Weißrußland und Rußland und anderen ehemaligen Republiken der Sowjetunion kommt, die in Europa ganz schwarze Gedanken wecken können. Angesichts der nuklearen Potentiale, die sich im Besitz von vier ehemaligen Republiken der Sowjetunion befinden, könnten derartige Konflikte zu einer Tragödie bisher unbekanntem Ausmaßes eskalieren. Deshalb darf es nicht zu einem weiteren Zusammenprall der Interessen und Streitkräfte kommen, wie es in Tschetschenien der Fall ist, insbesondere nicht zwischen der Ukraine und Rußland! Wer in Rußland mit dem Gedanken spielt, in dem einen oder anderen Fall Gewalt anzuwenden, tanzt auf einem Pulverfaß. Die meisten Menschen in Rußland sind gegen das militärische Eingreifen in Tschetschenien. Jelzin hat den Interventionsbeschluß im engsten Beraterkreis ohne Rück- oder Absprache mit Regierung und Parlament gefaßt. Man wollte die Waffen sprechen lassen, statt politische Verhandlungen zu führen, was aus meiner Sicht die einzig mögliche und einzig korrekte Handlung wäre. Im Dezember des letzten Jahres, als Jelzin ultimativ forderte, die Tschetschenen sollten binnen 48 Stunden ihre Waffen strecken, antwortete ich einem Journalisten in Hannover auf eine entsprechende Frage: Am meisten verliert der, der das Ultimatum stellt! Das ist eine verhängnisvolle Entscheidung, die in die ganz falsche Richtung führt; sie kann zu einer Tragödie nicht nur für die Tschetschenen und die Russen, sondern auch für Europa und für die ganze Welt führen. Dieser Meinung bin auch heute, fünf Monate danach.

III.

Schließlich möchte ich noch ein Problem ansprechen, das alle angeht. Es lautet: Wie soll Europa 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in Fragen der militärischen, ökologischen und sonstigen materiellen Sicherheit organisiert werden? In diesem Zusammenhang ist häufig von der »einseitigen Abrüstung« des Westens zu hören, auf die ich hier nicht ausführlich eingehen will, denn sie ist eine Legende. Die Vereinigten Staaten geben heute für militärische Zwecke pro Jahr rund 260 Milliarden Dollar aus, Rußland hingegen lediglich etwa 6 bis 7 Milliarden Dollar. Es ist daher völlig fehl am Platze, von einer einseitigen und asymmetrischen Entwaffnung des Westens zu sprechen. Niemand in Rußland wünscht irgendwelche militärischen Abenteuer gegen irgendwelche europäischen oder sonstigen Länder. Wenn die russische Armee nicht imstande ist, nach fünf Monaten die Situation in einem so begrenzten Gebiet wie Tschetschenien unter Kontrolle zu bekommen (obwohl sie dem Gegner militärisch zigfach überlegen ist), dann muß man sich doch die Frage stellen: Wie kann dieses Land im Ernst jemanden in Europa oder außerhalb bedrohen? Dann müssen wir uns weiterhin fragen, warum nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes die Doktrinen der NATO mehr oder minder unverändert geblieben sind? Die Macht, die als Feind betrachtet wurde, existiert nicht mehr, und dennoch bleibt alles ungefähr so, wie es war.

Ich denke, die soeben publizierte Meldung, US-Präsident Bill Clinton mache sich Gedanken darüber, Rußland und anderen Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes

die Mitgliedschaft in der NATO anzubieten, könnte eine glückliche Idee sein. Das Thema Osterweiterung der westlichen Allianz verlöre dadurch seinen konfrontativen Charakter, und Polen, Tschechien, Ungarn und alle anderen Staaten, die ein Interesse haben, Mitglied der NATO zu werden, wären ihrer diesbezüglichen Sorgen enthoben. Zugleich wäre dies ein entscheidender Schritt, die Spaltung Europas in einer primär wichtigen Frage der Sicherheit zu überwinden. Denn solange in Europa weiterhin zwei Sicherheits-Qualitäten bestehen – eine für Mitglieder und die andere für Nichtmitglieder der NATO –, kann Europa nicht zur Ruhe kommen. Ich möchte meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß die Überwindung der Teilung Deutschlands zur Überwindung der Spaltung Europas führt. Das hätte als Ergebnis eine Wirklichkeit, die unser aller Existenz und Perspektiven erheblich verbesserte, vor allem auch für diejenigen, die nach uns leben sollen.

Dasselbe gilt in Fragen der ökologischen Sicherheit. Wir leben schon lange in einem gemeinsamen Haus, ob wir das wollen oder nicht. Wir trinken dasselbe europäische Wasser, wir atmen dieselbe europäische Luft. Wenn es einer Nation hier in Europa nicht gut geht, so hat das schädliche Auswirkungen auf alle anderen. De facto hat der objektive Gang der Dinge 50 Jahre nach dem Krieg wenigstens in manchen kritischen Bereichen das erreicht, was wir wohl vor dem Ersten Weltkrieg bereits hätten erreichen sollen. Denn der Begriff des einheitlichen Europas ist nicht neu, er kursierte schon als große – damals noch utopische – Vision am Ende des letzten Jahrhunderts, wiewohl die Politiker davon nichts hören wollten. Ich hoffe sehr, daß sie sich nun endlich, 50 Jahre nach dem schrecklichen, verlustreichen Krieg, ernsthafte Mühe geben, über unsere Versäumnisse der letzten Jahrzehnte nachzudenken. Das Mögliche und Nötige muß sehr schnell nachgeholt werden, solange es nicht zu spät ist!